



Die Blaue Fahne

Alternative Ratspolitik für Bielefeld

Ausgabe 5/ 2022

ZEITUNG BERICHTET VON RÄTSELHAFTER GEWALTTAT - TÄTERBESCHREIBUNG GIBT AUFSCHLUSS

„Rätselhafte Gewalttat in Bielefeld“ lautete die Überschrift der SPD-eigenen Tageszeitung „Neue Westfälische“. In mehr als fünf Absätzen grübelt das Blatt über eine Tat, die sich am späten Abend des 3. Mai in der Nähe des Hauptbahnhofs ereignet haben soll.

Ein 44-jähriger Mann überquerte auf Höhe des Drogentreffpunkts „Tüte“ die Straße und wurde von einem vorbeikommenden Fahrradfahrer angesprochen. Kurz darauf lag der Fußgänger, laut Augenzeugen, die

den Vorfall in Auszügen mitbekommen hatten, blutend am Boden. Das Opfer befand sich anschließend in einem kritischen Zustand und konnte nicht vernommen werden. Ein Zeuge leistete laut NW erste Hilfe und rief den Rettungswagen.

Die Täterbeschreibung der Polizei dürfte Verfolgern lokaler Nachrichten – besonders mit Bezug zu Überfällen und Angriffen – bekannt vorkommen: „Kurze dunkle Haare, an den Seiten kurz rasiert, Vollbart, südländisches Erscheinungsbild“.



Die AfD im Rat fordert: Verdachtsunabhängige Personenkontrollen und straffällig gewordene Migranten konsequent ausweisen!

ZAHL DES MONATS

12

Insgesamt ein Dutzend Fahrzeuge haben in den vergangenen Nächten in Bielefeld gebrannt. Überwiegend betroffen waren Autohäuser, aber auch ein privater PKW auf einem Klinik-Parkplatz. Die Fahndung nach den Tätern läuft.

Das Beschädigen von Autos gilt in linken Kreisen als Notwehr. Ein sogenannter „Klimaschützer“ gab in einem Spiegel-Interview zu: „Zerdepperte Autoshowrooms, zerstörte Autos, [...]. Das wird es nächsten Sommer auf jeden Fall geben. Ich höre das aus der Bewegung, sogar von eher moderaten Akteuren“.

GEWALT BEI LINKEM KONZERT

Der Bielefelder Kesselbrink hat sich in den letzten Jahren als Heimat der Drogen- und Alkoholikerszene einen Namen gemacht. Regelmäßig kommt es zu großen Polizeieinsätzen, ausgelöst, durch Schlägereien und Messerattacken. Viele der Täter stammen aus dem afrikanischen Raum. Die Polizei zählte 2020 148 Straftaten in nur sechs Monaten. Immer wieder forderten wir deshalb strengere Kontrollen und mehr Polizeipräsenz.

Ausgerechnet diese verrufene Location sollte als Veranstaltungsort des von der Stadt Bielefeld unterstützten „Nazifrei in den Mai“-Konzerts erhalten. Die Folge: Eine blutige Messerattacke. Auf einer der Sitzbänke kam es zum Streit. Darauf folgte kurz nach 21 Uhr eine Schlägerei von rund 20 Personen



und schließlich ein Messerstich. Ein 21-jähriger Mann wurde daraufhin mit schweren Verletzungen in das Krankenhaus eingeliefert.

Die AfD im Rat fordert deshalb: Statt der Eskalation am Kesselbrink mit Konzerten gegen Rechts Vorschub zu leisten, sollte der Platz unter ständiger Bewachung stehen, inklusive regelmäßiger Ausweiskontrollen.

HOTSPOT-FRAGE: AfD-RATSGRUPPE WARNT VOR AUSSICHTSLOSEM ANTRAG UND BEHÄLT RECHT

Zu viel Eigenverantwortlichkeit bekommt Bielefeldern nicht, findet Pit Clausen offenbar und forderte im April die Stadt zum Hotspot erklären zu lassen. Das hätte bedeutet, dass Bewohner und Besucher der Leine-Weberstadt wieder verpflichtet gewesen wären, ihr Gesicht zu bedecken. Und das obwohl in Bielefeld fast 90 Prozent aller Menschen grundimmunisiert sind. Diese Zahl gibt das RKI für die hier durchgeführten Impfungen bekannt.

Im Stadtrat fand der Vorstoß des Oberbürgermeisters respektive der Verwaltung eine breite Mehrheit. Die Ratsherren der AfD haben allerdings gegen eine erneute Verschärfung der Regeln gestimmt.

Statt Lob für diese freiwillige Vorwegnahme vermuteten erwünschten Verhaltens zu bekommen, erntet der Oberbürgermeister Hohn und Kritik. Der Antrag wurde nämlich abgeschmettert, da Bielefeld die Anforderungen nicht erfüllt – und das wussten die Antragsteller vorher.



Dr. Florian Sander, Vorsitzender der AfD-Gruppe und Landtagskandidat, nutzte diese Gelegenheit um in seiner Rede, während der letzten Ratssitzung, mit den Altparteien sowie Oberbürgermeister Pit Clausen abzurechnen: „Sie haben sich so daran gewöhnt, mal eben mit exekutivem Fingerschnipsen essenzielle Grundrechte einschränken zu können, dass Ihnen das buchstäblich zur Gewohnheit geworden ist und es als ein bequemes Mittel erscheint, eigene Fehler zu vertuschen. Ich kann Ihnen hier nur nochmal wieder versichern: Wir lassen Sie damit nicht durchkommen!“

Mit uns wird es keine weiteren Einschränkungen unter dem Vorwand der Pandemiebekämpfung geben!

VON WEGEN „ÜBERPARTEILICH“: TAGESZEITUNG „NW“ WIRBT FÜR SPD-SPITZENKANDIDATEN

Wie weit es mit der Überparteilichkeit der Tageszeitung „Neue Westfälische“ her ist, wird regelmäßig in Frage gestellt. Einerseits, weil immer wieder tendenziös über Konservative und Regierungskritiker berichtet wird, andererseits, weil die alleinige Eigentümerin der „NW“ vollständig der SPD-Medienholding gehört.

Ihrem Ruf als SPD-Blatt wurde die Tageszeitung wieder gerecht, als sie im überregionalen Teil über Thomas Kutschaty, den Landtagsspitzenkandidaten der SPD, „berichtete“. Die als Artikel getarnte Wahlwerbung beginnt mit einer romantischen Beschreibung der Szene. Es wird ausgeführt, wie Kutschaty abends durch die Bielefelder City schlendert, natürlich bürgernah, ohne Personenschutz oder Presseteam, das jedes seiner Worte kontrolliert.

Ferner heißt es: „Wer den SPD-Spitzenkandidaten begleitet, erlebt einen Politiker ohne jegliche Allüren, der offen und den Menschen zugewandt ist.“ Einige Lobeshymnen später, schließt der „Artikel“ mit der leisen Erkenntnis, dass ein Typ wie Kutschaty in diesen Zeiten besonders gebraucht werden würde. Betitelt ist die SPD-Propaganda mit der Überschrift „Der Anwalt der einfachen Leute“

Unter Kutschaty stimmte die SPD-Fraktion in NRW gegen die Erhöhung des Kurzarbeitergelds, gegen Sonderzahlungen für bedürftige Rentner und gegen eine Prämie für Krisenhelfer. Im WDR äußerte er 2021, zum Thema Ausgangssperren: „Wir wissen, wie schwierig es ist, in privaten Wohnungen zu gucken [...] aber, auf dem Weg dahin kann ich Menschen erwischen.“

Es wird deutlich: SPD-Spitzenkandidat Kutschaty ist so wenig der Anwalt der einfachen Leute, wie die NW eine neutrale und unabhängige Tageszeitung.

IMPRESSUM

AfD-Ratsgruppe Bielefeld
Niederwall 25
33602 Bielefeld

Vorsitzender:
Dr. Florian Sander

Kontakt:
presse.ratsgruppe@afd-
bielefeld.de

Titelgrafik:
Rathaus Bielefeld, Zefram GFDL,
creativecommons.org/licenses/by/
2.0/de